

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich
und zwar: Dienstags, Donnerstags und
Sonntags Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. sächs., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bolder, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 27. November.

Die ungarische und die römische Frage sind die beiden Angelegenheiten, welche im Augenblicke die öffentliche Aufmerksamkeit Europa's fesseln.

Die ungarische Frage ist die österreichische Frage und vielleicht kann man auch sagen: die römische ist die italienische Frage.

Die österreichische Regierung ist den Ungarn in so fern entgegengekommen, als sie Vorschläge gemacht hat, welche nicht nur Ungarn einen hohen Grad der Autonomie sichern, sondern dasselbe geradezu als Schwerpunkt, als bestimmendes Element der Gesamtmonarchie voraussetzen. Aber die Ungarn — fest und unerschütterlich auf dem Boden ihres nationalen Rechtes verharrend — verlangen, daß die österreichische Regierung vor jeder Beratung irgend einer Vorlage die Gesetzgebung von 1848 anerkenne und ein verantwortliches Ministerium errichte. Dann erst wollen sie darüber unterhandeln, welche Rechte Ungarn im Interesse des Fortbestandes des Gesamtstaates Oesterreich an die kaiserliche Regierung abzutreten hätte, während diese letztere die für den Fortbestand der Gesamtmonarchie für unerlässlich gehaltenen Rechte vorher anerkannt wissen will. Hierum dreht sich dermalen noch die Meinungsverschiedenheit und es fragt sich nun: Wird es gelingen, diese Meinungsverschiedenheit auszugleichen? Offenbar könnte die Regierung den Ungarn dann nachgeben, wenn sie sich vorher, gewissermaßen privatim, z. B. durch Verständigung mit den maßgebenden Führern, sichergestellt hätte, unmittelbar nach Erfüllung des Wunsches der Ungarn (nach formeller Anerkennung des vollen nationalen Rechtes und Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums) die für die Reichseinheit für unerlässlich erachteten Rechte von diesen bewilligt zu erhalten.

Als solche Rechte werden von beiden Seiten der Hauptsache nach betrachtet die eigentlichen Machtmittel des Staates (Armee, Flotte und ein Theil der Finanzen) nebst dessen Vertretung nach außen. Freilich liegen auch hier noch Meinungsverschiedenheiten vor, allein nach Erledigung der Hauptsache dürften diese wohl kaum als unausgleichbar erscheinen.

Die ungarische Frage aber ist die österreichische, weil es sich sowohl in früheren Jahrhunderten als auch in der letzteren Zeit deutlich gezeigt hat, daß Oesterreich nur dann kräftig besteht, wenn das große, mächtige Ungarn mit vollem Herzen der Monarchie anhängt.

Die Aufgabe des Freiherrn von Beust ist eine schwierige und er wird sie wohl kaum zu lösen vermögen. Er soll Oesterreich in Europa wieder zu Ehren bringen, insbesondere die Wirkungen der Ereignisse dieses Jahres möglichst rück-

gängig machen; allein dazu gehört vor Allem, daß er Oesterreich in sich selbst zu ordnen und zu kräftigen wisse. Oesterreich aber würde nach dem Ausgleich mit Ungarn nicht mehr als Einheitsstaat, sondern gewissermaßen nur als ein besonders strafbarer Bundesstaat erscheinen. Es kann aber gefragt werden, ob heutzutage, wo überall größte Concentration der Kräfte erforderlich ist, ein solches Staatengebilde mit nachhaltiger Kraft aufzutreten vermöchte.

Bei all dem, so schwierig die Aufgabe auch ist, für unlösbar können wir sie nicht halten. Schon Manches in der Geschichte der Staaten und Völker, was man kaum für möglich gehalten hätte, ist erreicht worden durch staatsmännische Kunst und Vermessen wäre es, absprechen zu wollen über die ungeheure Fülle lebendiger Kräfte, über die großen civilisatorischen Elemente, welche die österreichische Monarchie in sich birgt. Schon oft im Laufe der Jahrhunderte hat man sich gewundert, wenn das todte geglaubte Oesterreich sich in verjüngter Kraft erhob — wer weiß, ob wir nicht noch einmal werden staunen müssen? —

Die römische Frage ihrerseits ist sicherlich für das junge Königreich Italien von gleichfalls verhängnisvoller Bedeutung. Nicht eher wird der neue Staat Italien feststehen im Bewußtsein des italienischen Volkes, nicht eher also auch wird er festgegründeten Bestand haben, als bis Rom, die alleherrschende Hauptstadt der Republik und der Cäsaren, die Hauptstadt auch des jungen Italiens geworden ist.

Was wird geschehen, wenn demnächst die letzten französischen Truppen den Boden des Kirchenstaates verlassen? Wird nicht die ganze Bevölkerung ungewiss ihren Willen, zum einigen Italien zu gehören, in großartiger Manifestation an den Tag legen? Wird man es wagen, dem gerechten Willen des römischen Volkes und dem Rechte Italiens auf seine Hauptstadt entgegenzutreten? Wir glauben nicht — mögen auch manche Schwierigkeiten aus dem Widerstande des Papstthums, aus dem offenen oder geheimen Bestande mancher Kabinete und kirchlich-politischen Elemente erwachsen, der endliche Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Die Logik der Thatfachen verlangt, daß das gesammte Volk Italiens sich eine und daß dieses geeinte Volk Italiens über seinen ganzen Boden Herr sei. Die Logik der Thatfachen wird sich zu vollziehen wissen und wir werden den Tag erleben, wo die vollendete Einheit Italiens nach so vielen, vielen Jahrhunderten der Zerrissenheit vom Kapitol Roms herab verklärt werden wird. —

Rundschau.

Berlin, 27. November.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat die jüngst auch von uns, bezüglich der Constituierung Deutschlands, mitgetheilte Nachricht inzwischen bestätigt, daß die Mitglieder des Norddeutschen Bundes von der

preussischen Regierung eingeladen wurden, Bevollmächtigte zur Feststellung der Bundesverfassung zu ernennen. Ebenso hat eine Depesche aus Hannover die Meldung gebracht, daß der Zusammentritt des Parlaments auf den 1. Februar festgesetzt sei, und die Weimar'sche Zeitung jene jüngst erwähnte Depesche der „D. B. Z.“ bestätigt, daß die Conferenzen wegen der Norddeutschen Bundesverfassung am 15. Dezbr., die Wahlen in der zweiten Hälfte des Januars, die Reichstags-Eröffnung am 1. Februar 1867 erfolgen sollen. Sollte eine amtliche Beglaubigung dies begründet erscheinen lassen, so ließe sich wohl annehmen, daß die Session des preussischen Landtags sich nicht weit über das laufende Jahr hinauserstrecken dürfte. Hier soll man, so wollen gut Unterrichtete wissen, in den Regierungs- und conservativen Kreisen sich eines günstigen Ausfalls der Wahlen so versichert halten, daß man — ob wohl mit Recht? — glaubt, selbst eine — wie es heißt im Falle der Annahme des v. Baer'schen Antrages in der Dotationsfrage in Aussicht genommene — Auflösung des Landtages werde an dem Schlussergebnis in dieser Beziehung nichts ändern. [S. über die Verhandlungen über diesen Gegenstand den heutigen Kammerbericht.] So erklärt die heutige „Kreuztzg.“ wiederholt, daß die Regierung entschlossen sei, den Antrag des Abg. v. Baer's, nach welchem ein Pauschquantum für den Militäretat bewilligt werden soll, unbedingt zurückzuweisen. „Die Regierung verlangt eine definitive budgetmäßige Anerkennung der Militär-Reorganisation,“ und wird, wie die „Kreuztzg.“ hinzufügt, „den Tendenzen derer keinen Vorstoß leisten, welche den Austrag dieser Sache zu vertagen wünschen, weil sie nach Verlauf von einiger Zeit eine günstigere Strömung zu gewinnen und ihre Reihen aus den neuen Provinzen zu verstärken hoffen.“ Der Baer'sche Antrag würde nach der „Kreuztzg.“ — „wenn ihm nicht die Absicht zu Grunde liegt, doch — jedenfalls bei seiner Annahme die Wirkung haben, alle einschlagenden Fragen abermals in der Schwebe zu lassen, und damit einen neuen, mit Rücksicht auf mögliche Eventualitäten vielleicht gefährlicheren „Militärconflct“ in Scene zu setzen.“ Und in der That haben verschiedene Kammer-Vorgänge der jüngsten Zeit, besonders die Rede des Ministers des Innern über „die zwei Seelen im Ministerium“ u. s. w., die Behandlung der Dotations-Angelegenheit von Seiten der Regierung u. s. w., die verschiedenen liberalen Fraktionen und ihre Presse neuerdings etwas stutzig gemacht. „Wohl“ — sagt z. B. die „Berl. Ref.“ — „wenn das der Fall ist (die Versicherung des Grafen Eulenburg, daß das Ministerium in allen wichtigen Punkten einig sei), so hat der Compromiß, den das Ministerium früher zu wünschen schien, seine Kraft und Bedeutung verloren, und es wird der Fortschrittspartei nichts übrig bleiben, als in geschlossenen Reihen, wie früher, zu wirken.“ — Nun, wir wollen's ab-

warten. Viel wird, denken wir, wohl nicht dabei herauskommen. — Ueber die Politik, welche Herr v. Bismarck Preußen und Deutschland gegenüber zu befolgen gedenkt, hört man neuerdings aus Wien, daß es keinem Zweifel unterliege, dieser österreichische Minister des Aeußern werde dahin bestrebt sein, den Zusammenhang zwischen Oesterreich und Deutschland langsam wieder herzustellen, wenn man auch nicht gerade den preussischen Wünschen entgegenzutreten wolle. — Wiederholt taucht das Gerücht vom bayerischen Ministerwechsel (Rücktritt des Herrn v. v. Pfordten) auf. Man spricht vom Eintritt der Herren v. Edelsheim (des bairischen großdeutschen Ministers) oder des Fürsten Hohenlohe (preussensfreundlich). Herr v. Neumayer, der künftige neue „liberale“ Kabinettschef und ehemalige Minister des Innern, soll die Haltung des jetzigen Leiters des bayerischen Kabinetts (von der Pfordten), sowohl dem Grafen Bismarck, als auch Herrn v. Bismarck gegenüber, gar nicht günstig beurtheilen, und man meint, Herr v. Edelsheim würde in Wien eine gern gezeigte Persönlichkeit sein. — In Wien soll eine Ministerkrisis im Ausbruch sein. Entweder Graf Belcredi oder Herr v. Bismarck werde zurücktreten. — Die Wiener „Abendpost“ demotiviert ein dem neuen Minister von der „Presse“ untergelegtes Programm. Auch glaubt man, daß demnächst eine officiöse Manifestation über das eigentliche Regierungsprogramm für Organisation der westlichen Hälfte des Reiches erscheinen werde. In diesem Programm würde zweifelsohne ein Centralvertretungskörper der Länder diesseits der Leitha, oder eine Art von engerem Reichsrath, in Aussicht gestellt werden.

Ferner wird die Ansicht geltend gemacht, daß die Regierung den im Rescript an den ungarischen Landtag dargelegten Standpunkt als die äußerste

Grenze der Concessionen betrachte, die Ungarn gemacht werden können.

Aus Paris wird glaubwürdig berichtet, der Kaiser habe seiner Umgebung mitgetheilt, daß die Kaiserin trotz mehrfach ausgesprochener Bedenken der Minister entschlossen sei, nach Rom zu reisen. Sie würde daselbst 14 bis 20 Tage verweilen und dann Florenz besuchen. Zweck der Reise solle die Ausöhnung des heiligen Stuhles mit Italien sein. — Der geforderte Rücktritt des Finanzministers Fould ist wohl ein Zeitungsgerücht gewesen, denn neuestens verlautet, daß man in den Beratungen der Militär-Commission noch immer nicht zu einem definitiven Entschlusse gekommen. Jetzt hat der Kaiser wieder einen neuen Plan ausgeheckt, an welchem aber eigentlich weiter nichts neu ist, als daß die jährliche Aushebung auf 160,000 Mann festgesetzt werden soll. Die Dienstzeit bliebe auf 10 Jahre bemessen, nur mit dem Unterschiede, daß hiervon 5 Jahre vom activen Dienste und 5 Jahre von der Reserve in Anspruch genommen würden.

Die römische Frage scheint bis jetzt einen ruhigen Verlauf nehmen zu sollen. Französischer Seite soll kein Mittel unversucht bleiben, um die Besorgnisse, welche in Rom noch gehegt werden könnten, zu beschwichtigen. — Mazzini hat an den Herausgeber des „Daily Telegr.“ einen Brief gerichtet, worin er erklärt, daß der von jenem Journal der „Patrie“ entnommene und angeblich von ihm herrührende Brief vollständig unecht sei. Mazzini schließt sein Schreiben mit den Worten: „Es ist im Augenblick überflüssig zu sagen, welchen Rath ich den Römern in der bevorstehenden Krise zu geben hätte oder geben würde; aber ich wäre sicherlich der Letzte, die glorreichen Thaten Roms aus dem Jahre 1849 als unbesonnen zu brandmarken.“

Die Dinge im Orient scheinen sich ernstest gestalten zu sollen.

Die griechische Regierung macht sich zweifellos auf Krieg gefaßt und der Aufstand auf Candia dauert fort. Griechische Berichte melden zwei Niederlagen der Türken. Dagegen behauptet eine neueste türkische Depesche, daß die Griechen massenhaft Candia verlassen und die Pforte den Candioten eine sechsstägige Unterwerfungskrist gestellt habe.

Auch Serbien wird nicht zögern, die Verlegenheiten der Pforte energisch auszunutzen. Die Haltung der zahlreichen Christen in der Türkei würde im Falle eines Krieges mit Griechenland für dieses sehr vortheilhaft sein.

Rumänien würde kraft seiner neuen Stellung von den Ereignissen vorerst nicht unmittelbar berührt werden.

Dagegen könnte die Unzufriedenheit in Kroat-Slavonien leicht für Oesterreich höchst bedenkliche Dimensionen annehmen, wenn jenseits der Save ein Kampf ausbräche.

Aus Amerika wird der „Indep. belge“ über die Wahlen zum Kongress geschrieben, daß die Radikalen selbst dann die Majorität haben würden, wenn die Südstaaten für den auf sie entfallenden Theil von 50 Abgeordneten nur Demokraten nach Washington senden würden.

Aus Mexiko fehlen alle näheren Berichte und sind namentlich über das Verbleiben des Kaisers Maximilian die sonderbarsten Gerüchte verbreitet. Einem Börsenberichte der Pariser „Liberté“ zufolge verlautet, daß er mit 13 1/2 Millionen Francs, welche für die Zahlung der Coupons der mexicanischen Obligationen bestimmt waren, in Vera-Cruz angekommen sei.

Feuilleton.

Ein social-politischer Tendenzroman in der Bourgeoisepresse.

(Fortsetzung.)

Bevor wir zu der äußerst charakteristischsten Romanbesprechung der „Berl. Reform“ übergehen können, scheint es uns angemessen, zu erwähnen, daß wir inzwischen zwei neuen Kritiken anderer liberaler Blätter über jene literarische Novität begegnet sind, die deshalb eine besondere Beachtung verdienen, weil sie sich von der leichteren und gebührenden Tendenzbascherei der „Volkzeit.“ und der „Berl. Rev.“ wesentlich unterscheiden, den Gegenstand ungleich tiefer greifen, und, um es kurz zu sagen, viel wahrer und geistvoller gehalten sind.

Da wir uns, wie schon der Titel dieses unsere eigene Kritik einleitenden Artikels anzeigt, in demselben die Aufgabe gestellt haben, unsern Lesern zu zeigen, in welcher Weise jener politische Tendenzroman „in der Bourgeoisepresse“ besprochen wird, nehmen wir selbstverständlich und mit Vergnügen auch davon Notiz, wo und wenn dies mit Geist und Würde, mit Verstand und Aufwand geschieht.

In dieser Hinsicht müssen wir bis jetzt vor allen die Berliner „Nation-Ztg.“ rühmend erwähnen, in welcher, wenn wir nicht irren, der geistvolle Essayist Karl Franzel begonnen hat, den Spielhagenschen Roman eingehend zu kritisieren. Diese Kritik ist einseitig scharf, geistreich und gerecht: sie trifft den wunden Fleck dieses politischen Tendenzromans.

Für den völlig objectiven, wissenschaftlichen Standpunkt und die Unerbittlichkeit dieses Kritikers mögen hier nur wenige nachfolgende Stellen Zeugnis ablegen. Leider gestattet uns die Beschränktheit des uns zu Gebote stehenden Raumes nicht, unsere Leser mit den geistvollen Ausführungen Franzel's weiter bekannt zu machen, und wir müssen sie deshalb auf die „Nation-Ztg.“ Nr. 557 u. ff. selbst verweisen. Dieselbe schreibt nemlich dort u. A.:

„Ueber die behutsame, fast schüchtern Kritik der politischen Anschauungen und Grundzüge, die sich in jenen Werken (S. Freitag's und Auerbach's) findet, geht er (Spielhagen) in Schärfe und Bitterkeit des Urtheils weit hinaus; der Held seines neuen Romans: „In Reich und Glied“, Leo Gutmann, kritisiert die liberalen Parteien, wie es schlagender und schneidender in der Wirklichkeit Lassalle nicht gethan. Damit ist der Gedanke der Dichtung angedeutet. Sie führt uns in die jüngste Vergangenheit vor dem Kriege zurück, als der Liberalismus mit der socialistischen Idee, die Fortschrittspartei mit dem Arbeiterbunde, zunächst theoretisch zusammenstieß.

Für den Augenblick scheint freilich diese Frage zurückgedrängt zu sein, dennoch wird sie in kurzer Frist wieder emporzutauchen. Die Veränderungen der Karte Europa's, der Fall oder Aufbau eines Staates sind nicht im Stande, auf die sociale Frage, auf den nothwendigen, unvermeidlichen Umbildungsproceß der europäischen Gesellschaft einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Wie für die Sklaven des Alterthums und die Leibeigenen des Mittelalters wird auch für die Arbeiter der Neuzeit die Stunde der Erlösung schlagen.“

„Durch eine Verwickelung der Umstände, eine Reihe von Zufällen, die zum Theil vom Dichter glücklich erfunden sind, gelangt Leo, ein neuer Marquis Vola, in die Nähe des Königs. Sein Wesen, seine Haltung und Rede üben die mächtigste Wirkung auf den Monarchen aus, Leo wird sein Berater und Günstling. Unwillkürlich erwartet man von dem Apostel der Arbeiter Vorschläge für ihr Wohl; es ist für die Dichtung gleichgültig, ob diese Vorschläge praktisch ausführbar sind, aber sie würden uns die einzige Möglichkeit geben, Leo's Verechtigung zu der Stellung, die er sich anmaßt, zu prüfen; mit den zwei Sätzen: Das Geld ist groß in der Welt, es muß ein Mittel zu seiner Verringerung gefunden werden, kann man doch kaum in der Gegenwart als Apostel der Arbeiter auftreten. Ueber diese Formel aber kommt Leo nicht hinaus, er baut weder Fourier's Balaustäre, noch gründet er Cabot's Colonien; selbst in den Hörsälen, die er mit dem Gelde des Königs kauft, magt er keine socialistischen Experimente, ja statt sich um sie zu kümmern, bleibt er in der Nähe des Königs, hält philosophische Monologe und verbindet sich mit Possanzanen und pietistischen Pfaffen, um die Macht zu behaupten. Hier übertraf der „reale“ Lassalle um Haupteslänge sein ideales Schattenbild. Durch die Menge wollte sich Lassalle in die Kammer, vielleicht auf seinen Ministerstuhl tragen lassen, er hätte dann durch das allgemeine Stimmrecht die Staatsgewalt dem Arbeiterbunde dienstbar zu machen versucht. Dem Standpunkt der Dichtung ein lächerlicher, großartiger Plan, gegen den Leo's Gedanke, mit einer verhältnismäßig unbedeutenden Summe aus der „Privatstatulle“ des Königs die Regelung der Arbeiterfrage zu unternehmen, doch gar zu tief in den Schatten tritt. Das ganze Kartenhaus der königlichen Gunst wie des Socialismus stürzt vor einem Kriegessturm, der aus Silber herbraust, der italienische Krieg von 1859 ist wohl gemeint, zusammen. Man bemerkt, wie sehr die Zeitereignisse auf die Dichtung nicht zu ihrem Vortheil eingewirkt haben. Dieser Krieg ist ein deus ex machina, der den Prinzen und seine Anhänger in die Höhe bringt.“

„Spiegelt sich in dem Verlauf des Romans die Idee: „In Reich und Glied“ wirklich ab? Hätte dann Leo nicht untergehen müssen, weil er allein stand und die Kolonne ihm nicht folgte? Was aber hat Ferdinand's*) Rache mit der Politik zu thun? Diesem leichtsinnigen Trunkenbold liegt nichts ferner als die Politik, als die Herrschaft. Eine gefüllte Birle, ein volles Glas, ein üppiges Weib: das sind die Gottbeiten Ferdinands, ihretwegen geräth er in Streit mit Leo. Ob sein Feind innerhalb oder außerhalb der Reihe der Liberalen steht, ihn berührt es nicht. Der Zwiespalt, der im zweiten Bande genau so ausbricht, wie Lassalle's Streit mit der Fortschrittspartei, endet im fünften mit einem — künstlerisch unberechtigten Pistolenschuß, gerade so wie Lassalle's tragische Geschichte. Tragisch? Ist es vielleicht nicht eher tragikomisch zu nennen, daß ein Mann, der fort und fort gegen den Adel eifert, sich um ein adeliges Fräulein bewirbt, sich vom Könige adeln läßt und zuletzt echt junkerhaft im Duell stirbt? Großmannsucht und Gefühlslosigkeit, nicht politische Gegenätze, stürzen den Apostel der Arbeiter, werfen aber für den Leser zugleich einen häßlichen Schatten auf sein Bild.“ (Der Kritiker meint hier offenbar Spielhagen's Leo, während es in Folge einer zweideutigen Wortstellung („Lassalle's tragische Geschichte“) den Anschein gewinnen muß, als ob Lassalle's Lebensende als „tragikomisch“ bezeichnet würde.)

„Spielhagen kleidet seine Helden gern in die Don Juan-Maske; um Leo bewerben sich vier Grazien, Silvia und Emma, Josephine und Eva. „Leo“, heißt es einmal, „stand noch immer wie gebannt. Er verglich im Geiste das Mädchen, das soeben in seinen Armen gelegen, und dessen Kisse er noch auf seinen Lippen fühlte, und jenes andere, das er als seine Verlobte betrachten mußte, mit diesem hier!“ Wie in der Politik handelt Leo auch in der Liebe selbstthätig, von unläuterer Leidenschaft bewegt; wer, wie Paulus und Walter, der Pflicht folgt, wird von ihm Tugendschwärmer gehalten; sich nur von seiner Laune, seiner Willkür bestimmen lassen, nennt er sich über die gemeine Pfiffersmoral erhaben. Ich weiß nicht, wie andere diese Handlungsweise beurtheilen, ob sie darin, mit dem Dichter, das Zeichen des Genies sehen; aber keiner, der Worte und Thaten zu unterscheiden versteht, und die feierlichen Reden Leo's über die sociale Frage mit seinen Handlungen vergleicht, wird etwas andres in ihm entdecken, als einen Geden und Charlatan. Statt einer Lösung der Frage in der Dichtung, ja nur statt einer Debatte über Leo's Staatshilfe und die wahrhaft demokratische Idee der Association, der jener Grundzug: „In Reich

*) Ferdinand ist im Roman der Name der dem Leo (Lassalle) feindlich gegenüberstehenden Persönlichkeit.